

«Eine Katastrophe für das Wallis»

Einheitskasse: Höhere Steuern und Verlust von 200 Arbeitsplätzen für das Oberwallis

WB, 2.3.2007/1



Klare Worte zur Sache: Dr. Thomas Grichting stellt sich kritischen Fragen zur Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskasse».

Foto wb

Wallis. – Am 11. März stimmen wir über die Volksinitiative «Für eine soziale Einheitskrankenkasse» ab. Die Initiative verlangt für die Grundversicherung eine einzige Krankenkasse. Weiter will die Vorlage, dass die Prämien in der Grundversicherung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten festgelegt werden. Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ab. Der Souverän hat das letzte Wort.

In den vergangenen Wochen hatten Gegner und Befürworter ausgiebig Gelegenheit, sich zur Vorlage zu äussern. Auch die Parteien gaben inzwischen ihre Parolen bekannt.

Der Fachmann hat das Wort

Der «Walliser Bote» kommentierte die Vorlage und führte mit der IG der Oberwalliser Krankenkassen vor Wochen ein Interview. Zum Abschluss der Berichterstattung von Befürwortern und Gegnern befragten wir einen Fachmann der betroffenen Krankenversicherer. Dr. Thomas Grichting, Generalsekretär der Walliser Krankenversicherungsgruppe Groupe Mutuel, stand uns Red und Antwort. Zur Information: Die Groupe Mutuel zählt 836 000 Versicherte und beschäftigt im Wallis 850 Personen, davon 120 Oberwalliser/innen. Sein Kommentar: Für Thomas Grichting bedeutet ein Ja zur Einheitskasse am 11. März 2007 eine wirtschaftliche Katastrophe und widerspricht

den tatsächlichen Interessen aller Walliser, aber namentlich auch sehr stark der Oberwalliser Bevölkerung.

WB: Herr Grichting, wie kommen Sie zu der Behauptung, dass eine Einheitskasse den Interessen der Walliser entgegensteht?

Dr. Thomas Grichting: Die Einführung einer Einheitskasse bedeutet einen radikalen Umbau des gesamten Gesundheitswesens. Die Versicherten verlieren den von ihnen ausgewählten Krankenversicherer und stehen einem einzigen Moloch, der 7,5 Millionen Versicherte verwaltet, gegenüber.

Was spricht dagegen?

Dieses Verwaltungsmonster ist kaum zu beherrschen, die Medi-

zin wird mitverstaatlicht und die Versicherten verlieren jegliche Wahlfreiheit. Die Kundennähe fehlt und die Dienstleistungsqualität sinkt. Nicht zuletzt müssen auch bei einer Einheitskasse die Leistungen an die Patienten gemäss KVG, die heute 95 Prozent der Ausgaben der Versicherer oder rund 22 Milliarden Franken ausmachen, bezahlt werden.

«Eine neue Steuer»

Eine neue Art der Finanzierung, eine neue Steuer?

Ja, die Initiative sieht anstelle einer Kopfprämie eine einkommensabhängige Finanzierung der Krankenversicherung vor. Dadurch entfällt auch die Möglichkeit, durch die Wahl einer höheren Franchise Prämien zu sparen. Diese Art der Finanzierung kommt einer zusätzlichen

Steuer gleich, die nach Stätzung von santésuisse bei zirka 15 Prozent im schweizerischen Durchschnitt läge und damit so hoch wie die Kantonssteuer wäre. Kantonal unterschiedliche Gesundheitsstrukturen und Kostenbewusstsein kommen da kaum noch zum Tragen.

Heisst das, dass wir für andere Kantone zusätzlich zur Kasse gebeten würden?

Auch das stimmt. Es ist ja nicht einzusehen, weshalb die kostenbewussten Walliser im Allgemeinen und die Oberwalliser im Speziellen höhere Steuern für die Gesundheitskosten z. B. in Genf oder Basel zahlen sollten; dies widerspricht dem Verursacherprinzip und überstrapaziert so gesehen den Solidaritätsgedanken.

«Es gibt keinen Dschungel mehr»

Sie sprechen von den einschneidenden wirtschaftlichen Folgen der Einheitskasse für das Wallis. Ist es aber nicht auch von Vorteil, mit dem heutigen Kassendschungel aufzuräumen und so Kosten zu sparen?

Dazu möchte ich klarstellen, dass es bereits heute keinen Kassendschungel mehr gibt. Heute sind schon 95 Prozent der Bevölkerung bei den fünfzehn grössten Krankenversicherern bzw. Gruppen von Versicherern versichert. Auch im Oberwallis ist die Tendenz in diese Richtung klar spürbar. Die Oberwalliser Bevölkerung ist entweder bei einem der grossen Krankenversicherer oder bei den zwei, drei grösseren Oberwalliser Krankenversicherern Mitglied. Die Initiative will nun aber eine einzige Einheitskasse; es ist vollkommen unklar, ob diese an einem Ort oder an mehreren Standorten geführt werden soll.

Kämen wir denn bezüglich Arbeitsplätzen nicht zum Handkuss?

Sicher nicht, denn eines ist klar: Auch bei mehreren Standorten würde das Wallis nicht berücksichtigt werden. Gesamtschweizerisch arbeiten ca. 10000 Mitarbeitende bei den Krankenversicherern. Die meisten von ihnen könnten nicht an den/die neuen Zentralsitz(e) der Einheitskasse zügeln. Viele würden so ihre Stelle verlieren. Am Zentralsitz der Einheitskasse würden damit die Krankenkassenspezialisten, IT-Fachleute usw. fehlen, die zur Bewältigung und Kontrolle von jährlich gegen 80 Millionen Rückerstattungsbelegen notwendig wären.

Was wäre die Konsequenz?

Bei einem Ja am 11. März 2007 würde der so produzierte Leer-

lauf zu einer nie dagewesenen Kostenexplosion und bald einmal auch zu Defiziten in Milliardenhöhe führen. Diese Defizite müsste auch die Oberwalliser Bevölkerung mittragen. Dies wiegt umso schwerer, als auch die eidgenössischen Prämienverbilligungen wegfielen.

Warum nicht organisieren wie die AHV?

Sie machen in Pessimismus, denn die Befürworter der Initiative sehen die zukünftige Einheitskasse analog organisiert wie die AHV mit deren Ausgleichskassen.

Vorerst möchte ich anmerken, dass der Vergleich mit den Ausgleichskassen hinkt, wird man doch nur einmal 65-jährig und bezieht dann bis an sein Lebensende eine gleiche Rente. Die Krankenversicherer aber erhalten jährlich durchschnittlich acht bis zehn Rechnungen pro Versicherten. Diese gilt es zu kontrollieren, Arztberichte zu verlangen, zu zahlen oder allenfalls abzulehnen, wenn die Leistung dem Gesetz nach nicht gedeckt ist.

Und der Erfolg?

Gross! Diese Arbeit ist aufwendig, aber sie erspart dem schweizerischen Gesundheitswesen jährlich gut zwei Milliarden Franken. Dies entspricht nahezu 10 Prozent der gesamten Leistungskosten von rund 22 Milliarden Franken. Dieser Mehrwert für die Volkswirtschaft entfällt bei einem Einheitsystem weitgehend.

Wer kommt unter die Räder?

Defizite und Steuererhöhungen für alle, vor allem aber für den Mittelstand, sind vorprogrammiert. Langfristig leidet zudem die Qualität der medizinischen Versorgung. Nun aber zurück zu Ihrer früheren Frage: In vielen Kantonen gibt es heute keine Sitze von Krankenversicherern, sodass Infrastruktur, Know-how und Strukturen mit aufwendigen Investitionen neu aufgebaut werden müssen. Dass dabei die grossen Zentren und nicht die ländlichen Gebiete wie das Wallis zum Zuge kommen, ist einleuchtend.

«Verlust: 200 Arbeitsplätze im Oberwallis»

Herr Grichting, bei der Annahme der Einheitskasse und selbst auch bei einer kantonalen Ablage im Wallis befürchten Sie den Verlust von 200 Arbeitsplätzen für das Oberwallis? Wie begründen Sie das?

Allein die in Martigny ansässige Groupe Mutuel zählt 850 Angestellte und davon ungefähr 120 Oberwalliser/innen. Sie arbeitet vom Wallis aus den gesamten schweizerischen Markt,

obwohl heur nur 7,5 Prozent ihrer Versicherten im Wallis sind. Dadurch ermöglicht sie

Dr. Thomas Grichting

Dr. iur. Thomas Grichting, 43-jährig, aufgewachsen in Brig-Glis, studierte und doktorierte in Freiburg i. Ue. und erlangte anschliessend das Anwalts- und Notariatsdiplom im Wallis.

Dr. Grichting ist verheiratet, Vater von zwei Kindern und wohnhaft in Ried-Brig. Nach dem Eintritt in die Groupe Mutuel im Jahr 1994 übte Dr. Grichting verschiedene Funktionen im Rechtsdienst, im Leistungs-, Mitgliedschafts-, Unternehmensversicherungs- und HR-Bereich der Groupe Mutuel aus. Ab dem Jahr 2001 leitete er zusätzlich den Managed-Care-Bereich und ist seit 2003 Mitglied der Geschäftsleitung und seit 2005 in der Funktion als Generalsekretär der Groupe Mutuel tätig.

diesen 850 Angestellten und deren Familien Lebensunterhalt und Verdienst im Wallis. Darunter befinden sich auch 100 Akademiker, 80 Informatiker, 150 Mitarbeitende mit höheren eidgenössischen Fachausweisen.

Ein bisschen viel in eigener Sache, oder?

Nein. Auch die IG der Oberwalliser Krankenkassen zählt 50 Mitarbeitende. Des Weiteren sind im Kanton und auch im Oberwallis weitere Versicherer mit Agenturen und Personal vertreten. Insgesamt beschäftigen die Krankenversicherer im Wallis also gut 1200 Mitarbeitende.

Keine gute Lösung



Die Annahme der Volksinitiative «Einheitskasse» wäre nach Dr. Thomas Grichting (Bild) eine Katastrophe für das Wallis. Höhere Steuern und der Verlust von 200 Arbeitsplätzen im Oberwallis sind vorprogrammiert. Seite 6.

WB, 2.3.2007/2

«Der Kanton Wallis als der grosse Verlierer»

Haben Sie Vergleichszahlen zu anderen Institutionen?

Eine im Stil einer Ausgleichskasse geführte kantonale Einheitskassenablage würde wahrscheinlich entsprechend den Walliser Bevölkerungszahlen mit rund 300 Beamten im Wallis auskommen. Die Annahme der Initiative würde daher im Wallis insgesamt etwa 900 Arbeitsplätze, davon im Oberwallis etwa 200 Stellen, vernichten, ohne dass die vorgesehene Lösung der Einheitskasse für das Gesundheitssystem irgendeinen Mehrwert bringen würde.

Aber den Krankenversicherern bliebe doch noch das Zusatzversicherungsgeschäft?

Ja natürlich, da haben Sie recht. Die Krankenversicherer könnten jedoch nur mehr einen Bruchteil ihrer heutigen Angestellten für die Zusatzversicherungen weiter beschäftigen. Das wären beispielsweise für unser Unternehmen – die Groupe Mutuel – als einzige grosse Unternehmung mit Hauptsitz im Kanton, schätzungsweise noch zwei- bis dreihundert Personen.

Also Verlust von Arbeitsplätzen und Steuereinkommen im Wallis?

So ist es. Hunderte von Stellen gingen verloren. Ich habe deshalb auch etwas Mühe zu verstehen, weshalb vor allem linke Kreise und Parlamentarier und sogar Staatsrat Thomas Burgenner in Kauf nehmen, dass der Grossteil des Walliser Personals der Krankenversicherer auf der Strasse landen würde; ganz zu schweigen vom Verlust qualifizierten Personals und des Steueraufkommens für das Wallis.

Herr Grichting, besten Dank für das informative Gespräch.

pr
Pius Rieder

FRONT